

► Nr. VO/2020/08908
öffentlich

Lübeck, 08.05.2020

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle der Fraktion BÜ90 DIE GRÜNEN

Bearbeitung: Tim-Alexander Reclam (E-Mail: tim-alexander.reclam@luebeck.de Telefon: 122-1041)

Dringlichkeitsantrag AM Birte Duggen (Bündnis 90 / Die Grünen): Öffnung von Kitas und Grundschulen da wo möglich

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
12.05.2020	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Der Bürgermeister möge sich bei der Landesregierung darum bemühen, dass Grundschul- und Kitaschließungen in den Stadtteilen aufgehoben werden bzw. aufgehoben werden können, in denen es zu überhaupt keiner Corona-Infizierung gekommen ist bzw. aktuell keine mehr vorhanden ist.

Begründung:

Täglich werden die Corona-Zahlen veröffentlicht, zuletzt ist die Zahl der offiziell Infizierten in Lübeck unter 10 gefallen. Zusätzlich dazu sind Familienmitglieder als Kontaktpersonen i.d.R. in Quarantäne. Das Gesundheitsamt kennt die Daten und weiß, welche Stadtteile betroffen sind.

Nun dürfen ja die Länder mehr auf regionale Gegebenheiten eingehen. Es ist unverständlich, dass bei sinkenden Infektionszahlen Schul- und Kitaschließungen pauschal über das ganze Land beibehalten werden. Es gibt Regionen, Gemeinden, Dörfer, in denen weit und breit kein einziger Corona-Fall aufgetreten ist. Gerade kleinere Kinder in Kitas und Grundschulen gehen ja nur in ihrem eigenen Umkreis zur Schule (anders als Gymnasiasten). Diese Kitas und Grundschulen nach regionaler Gegebenheit wieder zu öffnen, das müsste möglich sein. Und das würde Frauen auch ermöglichen, ohne Notbetreuung ihrem - häufig schlecht bezahlten Job - nachzugehen. Ältere Kinder bedürfen zudem häufig keiner Betreuung mehr. Stattdessen sind Frauen jetzt die Leidtragenden:

Frauen übernehmen wieder die Hausfrauenrolle und bleiben für die Kinderbetreuung zu Hause, wenn sie keinen Anspruch auf Notbetreuung haben. Hierfür erhalten sie nur eine Lohnfortzahlung von 67 %, was angesichts der häufig schlecht bezahlten Jobs von Frauen keine ausreichende Lebensgrundlage darstellt. Aufgrund der Situation, dass viele Familien jetzt zu Hause „eingesperrt“ sind, kommt es vermehrt zu Gewalt in Familien. Durch Schließung der Kitas und Schulen bekommen die Erzieher/Lehrer/Behörden davon nichts mehr mit. Tatsächlich sind die Meldungen von Kindesmisshandlungen stark rückläufig, ohne dass die Misshandlungen selbst rückläufig sein dürften – im Gegenteil. Dass jedes Kita- und jedes Grundschulkind 1x bis zu den Sommerferien nochmal in der Einrichtung gewesen sein soll, kann die Lösung nicht sein. Kinder aus bildungsferneren Schichten erleiden einen riesigen Nachteil, wenn in den Familien häufig nicht einmal ein Grundstock an Ausrüstung (PC, Lap-

top, Drucker, WLAN) da ist, um digital zu lernen. Gerade diese Kinder werden jetzt ein weiteres „Wissens-Gap“ erleiden, welches für sie schwer sein wird, wieder aufzuholen. Diese Situation durch Kita- und Schulschließungen weiterhin aufrecht zu erhalten, ohne dass dies im Sinne des Infektionsschutzes notwendig und geboten ist, kann nicht hingenommen werden.

Anlagen:

Ausschussmitglied